



Der Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport

bittet Sie zur Enthüllung der

Gedenktafel für die Opfer der NS-Militärjustiz

Freitag, 12. Jänner 2024, 11:00

1010 Wien

Hohenstaufengasse 3

Es sprechen

Mag. Werner Kogler

Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport

Mag. Thomas Geldmacher

Personenkomitee *Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz*

Musik

Ensemble der Gardemusik Wien

U.A.w.g.

bis spätestens 10. Jänner 2024

Sektion Kunst und Kultur, Frau Lela Berianidze

Telefon: +43 1 71606-851013

E-Mail: KunstKultur.Protokoll@bmkoes.gv.at

Die Enthüllung der Tafel findet vor dem Gebäude statt, ist barrierefrei zugänglich und wird in Gebärdensprache übersetzt. Es wird darauf hingewiesen, dass Sie mit der Teilnahme an der Veranstaltung Ihre Zustimmung für allfällige Foto-, Ton- und Filmaufnahmen sowie deren Veröffentlichung erteilen.

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich im März 1938 wurde das Bundesheer in die Wehrmacht eingegliedert und eine Militärjustiz eingeführt. Während des Zweiten Weltkriegs fällten Gerichte der Wehrmacht über 30.000 Todesurteile gegen Soldaten und Zivilist:innen. Die Militärjustiz war maßgeblicher Teil des Angriffs- und Vernichtungskriegs der Wehrmacht. Oberstes Ziel war die Aufrechterhaltung der „Manneszucht“, jegliche Form des Ungehorsams oder der Abweichung konnte als „Wehrkraftzersetzung“ und damit als politisches Delikt geahndet werden, das grundsätzlich mit dem Tod zu bestrafen war.

Ab der Jahreswende 1943/44 widmete sich Oberfeldrichter Karl Everts, Divisionsrichter und Leiter des Gerichts der Division 177, am Standort Hohenstaufengasse 3 ganz der Verfolgung einer bestimmten Personengruppe: nämlich jenen, die versuchten, durch selbst zugefügte Verletzungen dem Angriffs- und Vernichtungskrieg der Wehrmacht zu entkommen. Die Richter der Hohenstaufengasse 3 führten bis wenige Tage vor Kriegsende Verfahren durch und verhängten Dutzende Todes- und Zuchthausstrafen gegen die sogenannten Selbstverstümmler und deren Helfer:innen.